

Familie & Gesellschaft im Blick

Inklusion durch Infrastruktur: Wo Deutschland Barrieren abbauen kann

Ausgabe Nr. 5, Dezember 2025



Ob im öffentlichen Raum, im Verkehr oder im Kontakt mit Behörden: 6,8 Millionen Menschen mit Behinderungen treffen noch immer auf vielfältige Barrieren im Alltag. Anlässlich des Internationalen Tags der Menschen mit Behinderungen beleuchten wir, wo für die Betroffenen in Deutschland die größten Hindernisse liegen und welche Maßnahmen erforderlich sind, um die Barrierefreiheit zu verbessern.

In Deutschland sind Menschen mit Behinderungen nach wie vor zahlreichen Diskriminierungen ausgesetzt. Auch heute noch herrscht oftmals ein stereotypisches Bild von Behinderung vor, das sich ausschließlich auf körperliche Defizite fokussiert. Behinderungen sind in ihrer Erscheinungsform und ihren Auswirkungen jedoch äußerst vielfältig. Zu den Betroffenen zählen unter anderem auch Menschen mit geistigen oder psychischen Beeinträchtigungen sowie unterschiedlichen chronischen Erkrankungen. Als Konsequenz ist ein umfassendes Verständnis von Barrierefreiheit erforderlich, das über bauliche Maßnahmen weit hinausgeht und alle Aspekte des Lebens berücksichtigt.

Anlässlich des Internationalen Tags der Menschen mit Behinderungen am 3. Dezember 2025, lohnt es sich, genauer hinzuschauen: Wo treffen Menschen mit Behinderungen nach ihrer eigenen Wahrnehmung am häufigsten auf Barrieren in ihrer Umwelt? Und was müsste jetzt am dringendsten getan werden, um die Barrierefreiheit zu verbessern? Wir haben die Daten des Teilhabesurveys darauf hin ausgewertet.

Barrieren im Alltag – Herausforderung für Millionen Menschen

In Deutschland leben rund 10,5 Millionen Menschen mit einer amtlich anerkannten Behinderung. Behinderungen betreffen also etwa 13 Prozent der deutschen Gesamtbevölkerung.¹

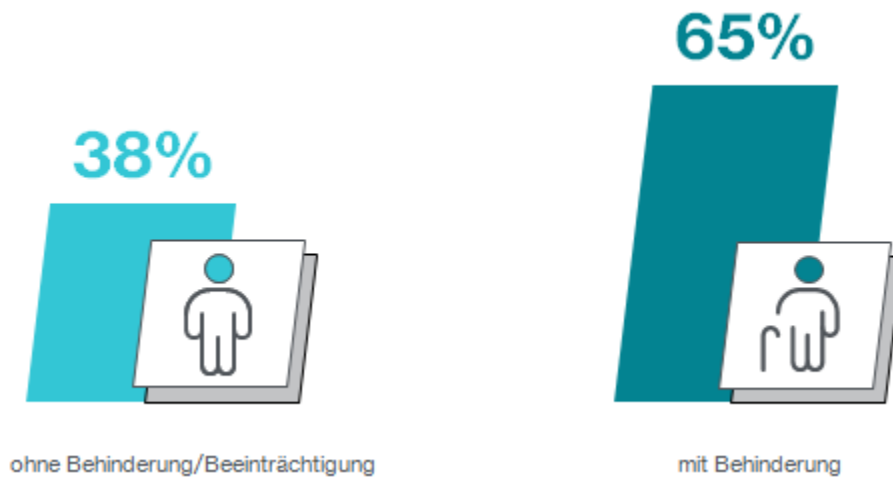
Im Rahmen des Teilhabesurveys geben rund zwei Drittel (65%) der befragten Menschen mit einer amtlich anerkannten Behinderung an, „immer“ oder „häufig“ auf Barrieren zu treffen (Abbildung 1). Das bedeutet, dass mindestens 6,8 Millionen Menschen regelmäßig mit den Auswirkungen mangelnder Barrierefreiheit konfrontiert sind.

Die Ergebnisse offenbaren noch eine weitere wichtige Erkenntnis. Menschen ohne Behinderungen oder gesundheitliche Beeinträchtigungen erleben die abgefragten Hindernisse in ihrem Alltag zwar seltener (38%), aber doch sind auch sie von ihnen betroffen. Hieran zeigt sich, dass die Beseitigung von Hindernissen in der öffentlichen Infrastruktur allen Menschen zugutekommt.

¹ BMAS (2017): Dritter Teilhabebericht der Bundesregierung über die Lebenslagen von Menschen mit Beeinträchtigungen. Teilhabe – Beeinträchtigung – Behinderung. <https://www.bmas.de/DE/Service/Publikationen/Broschueren/a125-21-teilhabebericht.html> (online), S. 37 – 39.

Abbildung 1: Häufigkeit von Barrieren im Alltag

Zusammengefasste Anteile der Antwortkategorien „immer“ und „häufig“ (in Prozent)



Quelle: Teilhabesurvey, Befragung in Privathaushalten, 1. Welle; eigene Berechnungen.

© Prognos/PROINTENT, 2025

Barrieren im öffentlichen Raum – mehr als fehlende Rampen und Aufzüge

Besonders im öffentlichen Raum führen Barrieren dazu, dass Menschen mit Behinderungen alltägliche Wege – etwa zur Arbeit, zur Schule oder zum Arzt – nur mit großem Aufwand oder gar nicht bewältigen können oder öffentliche Angebote wie Automaten oder Toiletten nicht nutzen können.

Rund ein Drittel der befragten Menschen mit Behinderungen² (32%) nimmt „immer“ oder „häufig“ Hindernisse auf Gehwegen oder Straßen wahr (Abbildung 2). Nicht verständliche Lautsprecherdurchsagen erlebt jede vierte Person mit einer Behinderung regelmäßig (25%). Fehlende Aufzüge, schwer bedienbare Automaten (jeweils 21%) und schwer zu lesende bzw. nicht verständliche Pläne und Aushänge (20%) sind für ein Fünftel der Menschen mit Behinderungen relevante Barrieren im öffentlichen Raum.

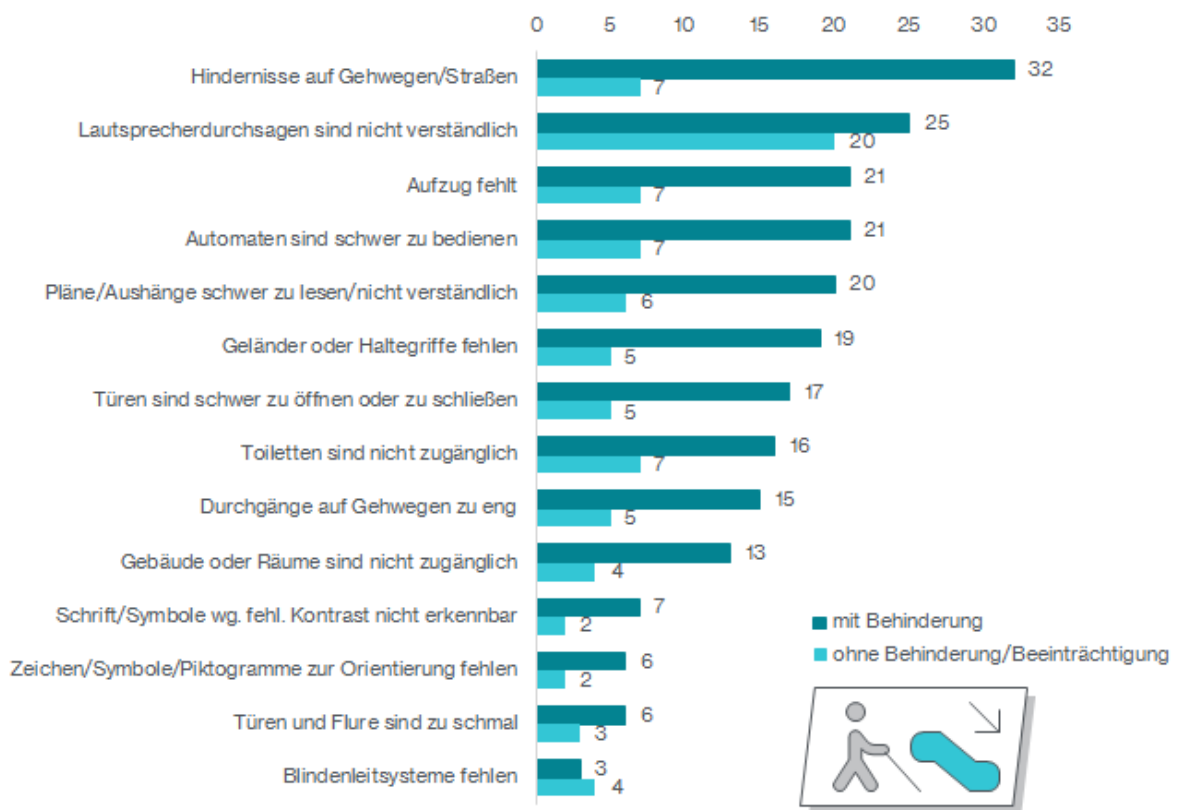
Die wahrgenommenen Hindernisse unterscheiden sich je nach Art der stärksten Beeinträchtigung der Befragten. Menschen mit Bewegungseinschränkungen werden am häufigsten durch „Hindernisse auf Gehwegen“ in ihrer Mobilität behindert. Menschen mit Sehbeeinträchtigungen sowie geistigen und Lernbeeinträchtigungen geben jeweils als häufigstes Hindernis „schwer lesbare oder nicht verständliche Pläne und Aushänge“ an. Für Menschen ohne Behinderungen

² Die nachfolgenden Auswertungen des Teilhabesurveys konzentrieren sich auf Personen, die im Rahmen des Teilhabesurveys eine anerkannte Behinderung angegeben haben. Eine anerkannte Behinderung bedeutet, dass von einer Behörde – meistens dem Versorgungsamt – offiziell ein Grad der Behinderung (GdB) festgestellt wurde. Ein Grad der Behinderung wird anerkannt, wenn eine körperliche, geistige oder seelische Beeinträchtigung vorliegt, die länger als sechs Monate dauert und die Teilhabe am Leben in der Gesellschaft beeinträchtigt. Ab einem GdB von 50 spricht man von einer Schwerbehinderung.

oder Beeinträchtigungen haben die abgefragten Hindernisse im öffentlichen Raum eine deutlich geringere Alltagsrelevanz. Lediglich unverständliche Lautsprecherdurchsagen werden von ihnen ähnlich häufig angegeben (20%).

Abbildung 2: Wahrnehmung von Barrieren im öffentlichen Raum

Zusammengefasste Anteile der Antwortkategorien „immer“ und „häufig“ (in Prozent)



Quelle: Teilhabesurvey, Befragung in Privathaushalten, 1. Welle; eigene Berechnungen.

© Prognos/PROINTENT, 2025

Barrieren im Verkehr – sowohl zu wenige als auch nicht nutzbare Verkehrsmittel

Auch im Verkehr stehen Menschen mit Behinderungen häufig vor großen Herausforderungen, da viele Verkehrsmittel entweder gar nicht oder nur schwer zugänglich sind. Interessant ist jedoch, dass besonders häufig ein Mangel an öffentlichen Verkehrsmitteln beklagt wird, und zwar unabhängig davon, ob eine Behinderung vorliegt oder nicht. Jeweils mehr als ein Drittel der Befragten ist der Meinung, es gebe zu wenige öffentliche Verkehrsmittel (Abbildung 3). Und für immerhin 16 Prozent der Menschen mit Behinderungen sind die verfügbaren öffentlichen Verkehrsmittel nicht nutzbar.

Barrieren bei Behörden – unverständliche Briefe, schwierig zu bedienende Internetseiten und mangelndes Verständnis der Mitarbeitenden

Fehlende Barrierefreiheit bei Behörden führt zu einer systematischen Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen. Sie haben nur eingeschränkten Zugang zu Informationen und können Dienstleistungen nicht wahrnehmen. Treffen sie auf Behördenmitarbeitende, die nicht für die Belange von Menschen mit Behinderungen geschult sind, kann dies zu Frust und einem Gefühl der Hilflosigkeit führen.

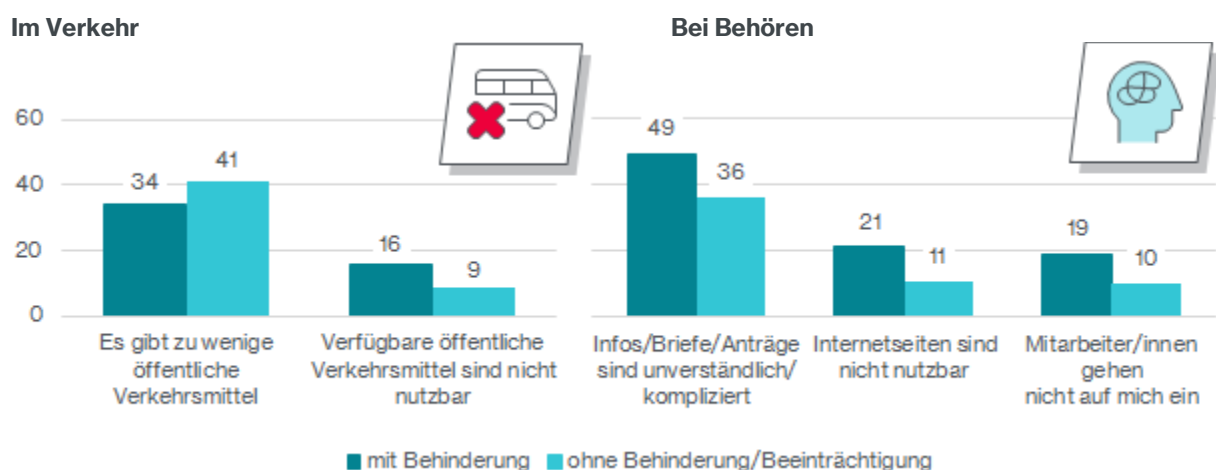
Die Daten zeigen, dass bei der Barrierefreiheit behördlicher Information, Kommunikation und beim persönlichen Umgang in Behörden ebenfalls noch viel Nachholbedarf besteht. Rund die Hälfte der Menschen mit anerkannter Behinderung (49 %) nimmt Dokumente von Behörden immer oder häufig als unverständlich oder kompliziert wahr (Abbildung 3). Ein Fünftel (21 %) kann Internetseiten von Behörden nicht nutzen. Am stärksten betroffen sind dabei Menschen mit geistigen oder Lernbeeinträchtigungen.

Auch der Eindruck, dass Mitarbeitende in Behörden nicht auf sie eingehen, ist unter Menschen mit Behinderung verbreiteter als unter Menschen ohne Behinderung. Dies empfinden vor allem Menschen mit Beeinträchtigungen beim Sprechen und mit psychischen Beeinträchtigungen.

Abbildung 3: Wahrnehmung von Barrieren im Verkehr und bei Behörden

Anteile der Antwortkategorie „trifft zu“
(in Prozent)

Zusammengefasste Anteile der
Antwortkategorien „immer“ und „häufig“
(in Prozent)



Quelle: Teilhabesurvey, Befragung in Privathaushalten, 1. Welle; eigene Berechnungen.

© Prognos/PROINTENT, 2025

Barrierefreiheit verwirklichen – politischer Auftrag und praktische Herausforderung

Der Koalitionsvertrag der Bundesregierung beschreibt die Gestaltung barrierefreier Umwelten als politischen Auftrag. Die von der UN-geforderte Barrierefreiheit geht über bauliche Aspekte wie „Rampen und Aufzüge“ deutlich hinaus. Barrierefreiheit bedeutet, dass die Umwelt so gestaltet ist, dass Menschen ungeachtet ihrer Beeinträchtigung ein selbständiges Leben führen und am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

Während das Bewusstsein für die Barrierefreiheit für Menschen mit Körper- und Sinnesbeeinträchtigungen eher verbreitet ist, sind spezifische Hindernisse für Menschen mit geistigen oder psychischen Beeinträchtigungen wenig bekannt und werden demzufolge weniger beachtet.

Die ausgewerteten Daten zeigen an vielen Stellen Lücken bei der Barrierefreiheit. Sie verdeutlichen die praktische Relevanz der Forderungen von Behindertenverbänden und Selbsthilfevereinigungen, bei Investitionen in die Infrastruktur die Belange von Menschen mit Behinderungen konsequent mitzudenken. Dies betrifft u. a. den Bau von öffentlichen Plätzen, Verkehrswegen, Brücken, Kultureinrichtungen, Schulen und Hochschulen.

Bauordnungen sowie die Behindertengleichstellungsgesetze auf Bundes- und Landesebene enthalten bereits umfangreiche Verpflichtungen zur Schaffung einer barrierefreien öffentlichen Infrastruktur. Doch Studien zeigen: Die darin enthaltenen Regelungen sind noch nicht ausreichend bekannt– weder unter Behördenmitarbeitenden oder Angehörigen der Architektur-, Bau- und Verkehrsberufe noch unter Menschen mit Behinderungen selbst.³

Informationen zu den verwendeten Daten

Der Teilhabesurvey (offiziell: Repräsentativbefragung zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen) ist eine bevölkerungsrepräsentative Erhebung im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS). Die Befragung erhebt umfassende Daten zur Teilhabe in zentralen Lebensbereichen wie Arbeit, Bildung, Wohnen, Mobilität, Freizeit und sozialem Leben. Im Fokus steht dabei nicht nur die objektive Teilhabe (z. B. Erwerbsstatus, Bildungsniveau), sondern auch die subjektive Wahrnehmung von Teilhabechancen, Barrieren und Diskriminierungserfahrungen. Auf Grundlage einer repräsentativen Bevölkerungsstichprobe werden Personen ab 16 Jahren mit und ohne Beeinträchtigungen in Privathaushalten befragt sowie weitere Personen, die in Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen oder Senioreneinrichtungen leben. Die Daten der ersten Welle des Teilhabesurveys wurden Anfang 2025 erstmals für die wissenschaftliche Verwendung zugänglich gemacht.

³ Siehe z. B. ISG / Universität Kassel / HSI (2022): Evaluierung des novellierten Behindertengleichstellungsgesetzes (BGG). https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Bericht_der_Bundesregierung_Evaluation_BGG_Novellierung_2022.pdf (online, abgerufen am 28.04.2025); Prognos / Schmidt, Thorsten Ingo (2024): Evaluation des Thüringer Gesetzes zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (ThürGlG). https://www.tmasgff.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/Abschlussbericht_Evaluation_ThuerGlG_final_bf.pdf (online, abgerufen am 28.04.2025).

Prognos im Überblick

Prognos gibt Orientierung in Zeiten der Ungewissheit. Wir vereinen Wirtschaftsforschung und Strategieberatung, um tragfähige Entscheidungen in komplexen Umfeldern zu ermöglichen. Unsere belastbaren Daten, präzisen Analysen und innovativen Methoden unterstützen Verantwortliche in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft dabei, den Wandel aktiv zu gestalten. So ermöglichen wir Fortschritt mit Substanz. Für Entscheidungen, die auf Evidenz beruhen.

Ihre Ansprechpersonen bei Prognos



Patrick Frankenbach

Projektleiter Pflege – Inklusion - Gesundheit

Standort Düsseldorf

Telefon: +49 211 91 31 6-109

E-Mail: patrick.frankenbach@prognos.com



Nina Altmann

Projektleiterin Pflege – Inklusion - Gesundheit

Standort Düsseldorf

Telefon: +49 211 913 16-164

E-Mail: nina.altmann@prognos.com

PROINTENT im Überblick

PROINTENT begleitet soziale Organisationen in Veränderungsprozessen: Dienste und Einrichtungen, öffentlicher Sektor und Sozialverwaltungen. Durch Forschung, Beratung und Coaching arbeiten wir daran, eine inklusive Gesellschaft zu gestalten.

Ihre Ansprechperson bei PROINTENT



Prof. Dr. Markus Schäfers

PROINTENT Beratung

E-Mail: markus.schaefers@prointent.de

Alle bisher erschienenen Ausgaben der Reihe „Familie & Gesellschaft im Blick“ finden Sie unter [Familie und Gesellschaft im Blick | Prognos](#)